

ZUKUNFT HESSEN

AUSGABE 1/17

www.spd-fraktion-hessen.de

www.spd-fraktion-hessen.de

THEMA
DIENSTLEISTUNG
IM WANDEL

EIN MAGAZIN DER SPD HESSEN UND
DER LANDTAGSFRAKTION

SICHERER RAHMEN FÜR BESCHÄFTIGTE

**KLARE SPIELREGELN FÜR
GUTE ARBEIT**

HESSEN
SPD

JOB-PERSPEKTIVEN FÜR FRAUEN
RAUS AUS DER TEILZEITFALLE

IMMER DAS RICHTIGE ...



Und das aus einer Hand. Egal, ob Gummibärchen, Roll-Up-Display, individuell gestaltete Give-Aways mit eurem Slogan oder aktuelles Kampagnen-Material: Wir sind euer Dienstleister rund um SPD-Wahlkampfmaterialien.

Der neue SPD-Shop: Einfach praktisch.

SHOP.SP.DE



IMAGE
Produkte

SHOP
SPD

Wilhelmstraße 140 | 10963 Berlin | info@imageshop.de



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

AUF EIN WORT

**LIEBE LESERINNEN,
LIEBE LESER,**

der Wandel in der Arbeitswelt wird an manchen Stellen in unserem Bundesland deutlich sichtbar: Während über Bad Hersfeld das Logistikzentrum des Versandhändlers „Amazon“ thront, kämpfen umliegende Kleinstädte mit zunehmendem Leerstand in ihren Einkaufsstrassen. Dafür düsen allortend Kleinlaster der Paketdienste durchs Land, mit denen häufig schlecht bezahlte Kuriere die Waren der Internet-Händler ausfahren.

Das ist nur ein Schlaglicht auf die Veränderungen, die durch technische Entwicklungen oder verändertes Konsumverhalten ausgelöst werden. Was für manche mehr Freiheit bedeutet, zum Beispiel Einkauf rund um die Uhr und das Stöbern auf einem weltweiten Marktplatz, kann für andere Arbeit auf Abruf, zu Mini-Löhnen oder in unsicheren Arbeitsverhältnissen bedeuten.

Die Aufgabe der Politik ist es aus sozialdemokratischer Sicht, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich die Betroffenen dem Wandel nicht ungeschützt ausgesetzt sehen. Es geht uns um Sicherheit in einer sich verändernden Arbeitswelt.

Von ganz besonderer Bedeutung ist für die SPD, dass die Qualifizierung der Beschäftigten Schritt hält mit der dynamischen Entwicklung. Wir wollen einen Fachkräftemangel auf der einen Seite und qualifikationsbedingte Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite vermeiden. Deshalb ist der Vorschlag von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles für das Arbeitslosengeld „Q“ eine sehr kluge Idee. Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung einführen, den Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit verbessern und die Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickeln. Von diesen Maßnahmen profitieren Unternehmen und Be-

schäftigte gleichermaßen. Wir wollen gute Arbeit im Dienstleistungssektor, der so vielfältig und von Gegensätzen geprägt ist. Das ist der Schwerpunkt dieser Ausgabe von „Zukunft Hessen“. Deshalb beleuchten wir das Thema aus vielen verschiedenen Blickwinkeln – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Und durchaus auch mit zugespitzten Thesen, welche die Diskussion beleben sollen. Wir freuen uns, dass wir wieder so viele Autorinnen und Autoren gewinnen konnten. Ich wünsche viel Spaß bei der Lektüre.

Herzlichst

Günter Rudolph, Mdl
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion

INHALT

3 AUF EIN WORT

4 INHALT

6 **RUBRIK**
FAKTENCHECK
Ein Wirtschaftszweig
voller Gegensätze

8 **TITELTHEMA**
WACHSTUM DURCH
GUTE ARBEIT
Perspektiven für den Dienstleistungssektor in Hessen

10 ANPACKEN, NICHT
ZUGUCKEN
Praxistag für
Thorsten Schäfer-Gümbel

11 **RUBRIK**
MEIN LIEBLINGS-
PLATZ IN HESSEN
Stefan Körzell



WACHSTUM DURCH GUTE ARBEIT

FOTO: MICHAEL SKWARCIAK/ABBOTT



RAUS AUS DER TEILZEITFALLE

FOTO: STUDIOSTOKS – FOTOLIA



ACHTUNG, SCHWARZ-GRÜN!

FOTO: NANCY FAESER

12 RAUS AUS DER
TEILZEITFALLE
Gespräch zum Thema
Frauen im Dienstleistungs-
bereich

14 GLEICHE CHANCEN
– GLEICHES GELD
Veranstaltung der
SPD-Landtagsfraktion zum
Weltfrauentag

16 GUTE AUSBILDUNG
FÜR DIE PFLEGE
Reform als Abschluss einer
erfolgreichen Pflegepolitik

18 **RUBRIK**
ACHTUNG,
SCHWARZ-GRÜN!
Wandel im Dienstleis-
tungssektor: Gestalten statt
zuschauen!

20 „DEN SCHUTZ WIE-
DER HERSTELLEN“
Interview mit ver.di-Landes-
bezirksleiter Jürgen Bothner
zu Mitbestimmung und
Arbeitnehmerrechten in
Zeiten des Wandels



KULTUR- UND KREATIVWIRTSCHAFT

FOTO: ROBERT KNESCHKE – FOTOLIA

22 KULTUR- UND
KREATIVWIRT-
SCHAFT MINDES-
TENS SO WICHTIG
WIE AUTOINDUSTRIE
Wachsender Wirtschafts-
zweig, der Hessens Zukunft
nachhaltig beeinflussen
wird

24 DRUCK AUF
BESCHÄFTIGTE
WÄCHST
Viele Faktoren verändern die
Arbeit im Einzelhandel

25 MANAGERBEZÜGE
BEGRENZEN
Wo Chefs noch das
100-Fache verdienen

26 SICHERHEIT
SCHAFFT
ZUSAMMENHALT
Hessengipfel 2017
in Friedewald



HESSENGIPFEL 2017 MIT MARTIN SCHULZ

FOTO: SASCHA RHEKER

28 MINDESTLOHN
SORGT
FÜR FAIRNESS
Gespräch über Erfahrungen
aus Unternehmenssicht mit
Manfred Schmidt

30 STABILITÄT IN
KRISENHAFTEN
ZEITEN
Solides Geschäftsmodell
der Sparkassen bei Regulie-
rung berücksichtigen

32 AUSBAU UND
GEBÜHRENFREIHEIT
Eltern und Kommunen bei
Kinderbetreuung entlasten

34 **RUBRIK**
IN DEN
KOCHTOPF
GESCHAUT
Christine Lambrecht

36 GEWINNSPIEL
Gewinnen Sie eine
Verwöhn-Auszeit

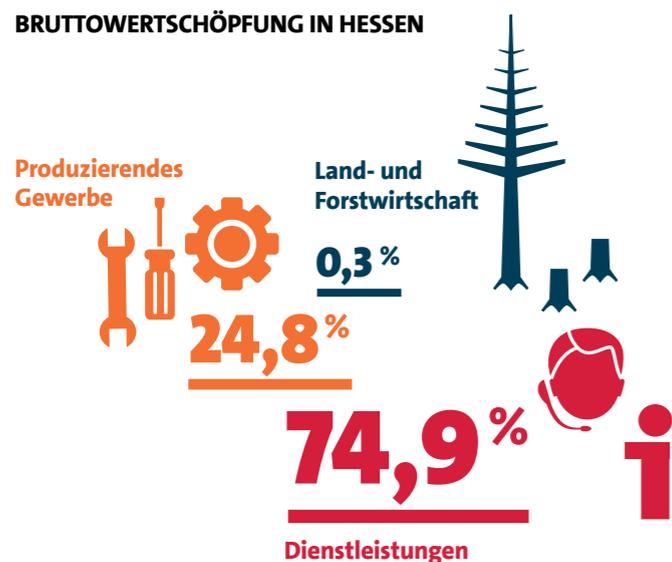
36 IMPRESSUM

EIN WIRTSCHAFTSZWEIG VOLLER GEGENSÄTZE

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **CHRISTOPH GEHRING** Grafik **MANUELA KUHN**

So bunt und vielseitig wie das Leben zeigt sich auch der Dienstleistungssektor der Wirtschaft. Darunter wird zusammengefasst, was nicht direkt der Produktion von Gütern oder der Schaffung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen dient. Also die Arbeit der Frisörin ebenso wie die eines Bankvorstands. Der Dienstleistungssektor ist geprägt von Gegensätzen. Hier präsentieren wir einige ausgewählte Zahlen, die nur einen winzigen Ausschnitt des Gesamtbildes zeigen können, aber zumindest in einigen Punkten auch den politischen Handlungsbedarf deutlich machen, wenn es darum geht, die Ansprüche an gute Arbeit in allen Bereichen durchzusetzen.

BRUTTOWERTSCHÖPFUNG IN HESSEN



DAS RÜCKGRAT DER HESSISCHEN WIRTSCHAFT

Die hessische Wirtschaft ist ganz überwiegend von Dienstleistungen geprägt: Fast drei Viertel (74,9 Prozent) der Bruttowertschöpfung in unserem Land stammen aus dem Dienstleistungssektor. Das produzierende Gewerbe trägt 24,8 Prozent der Bruttowertschöpfung bei, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei nur 0,3 Prozent. Entsprechend verteilen sich auch die Arbeitsplätze: 78 Prozent aller erwerbstätigen Hessinnen und Hessen arbeiten im Dienstleistungsbereich. 21 Prozent haben ihren Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe. In der Land- und Forstwirtschaft findet sich ein Prozent der Stellen im Land.

Quelle: Hessen Kompakt, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

ARBEITSPLÄTZE IN HESSEN



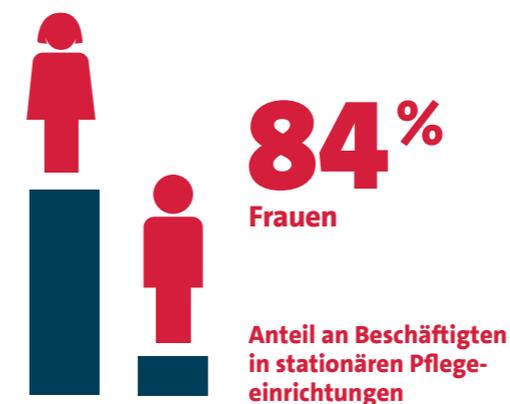
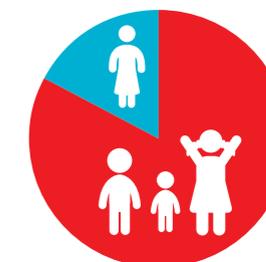
FAKTENCHECK

VIELE KINDER – ZU WENIG PERSONAL

In Hessen gibt es 4.193 Kitas, die rund 40.500 Kinder unter drei Jahren und 179.500 Kinder ab drei Jahren betreuen. Dafür stehen 45.669 pädagogische Kräfte zur Verfügung – zu wenige, um das von Experten empfohlene Betreuungsverhältnis von 1:3 (Krippen) bzw. 1:7,5 (Kindergärten) zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten in den Krippengruppen in Hessen rund 2.600 Vollzeitstellen eingerichtet werden, in den Kindergartengruppen sogar über 4.900. Die notwendigen Mehrausgaben würden rund 232 Millionen Euro im Jahr betragen.

Quelle: Bertelsmann-Stiftung

Das Betreuungsverhältnis liegt deutlich unter 1:3 bzw. 1:7,5



PFLEGE IST WEIBLICH

In den Pflegeeinrichtungen in Hessen arbeiten fast 68.000 Menschen – die meisten davon sind Frauen. Ihr Anteil an den Beschäftigten beträgt in den stationären Pflegeeinrichtungen 84,8 Prozent, in der ambulanten Pflege sogar 87,4 Prozent. Auffällig ist: In Geschäftsführung und Verwaltung liegt der Frauenanteil unter 80 Prozent, im Bereich der Hauswirtschaft/hauswirtschaftlichen Hilfe bei deutlich über 90 Prozent.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Hessen Agentur GmbH

STRUKTURWANDEL IM EINZELHANDEL

Die Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten im klassischen Einzelhandel geht zurück: Zwischen 2009 und 2013 sank die Zahl der Einzelhandelsbetriebe in Hessen von 34.696 auf 31.960. Zwischen 2011 und 2013 gingen dabei über 30.000 Jobs in der Branche verloren: Die Zahl der Beschäftigten sank von 266.246 auf 233.745. Die Verluste im klassischen Einzelhandel wurden von Internet- und anderen Versandhändlern nur zu einem geringen Teil aufgefangen: Die Unternehmen bauten in diesem Bereich nur 2.900 neue Arbeitsplätze in Hessen auf.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Strukturerhebung des Einzelhandels

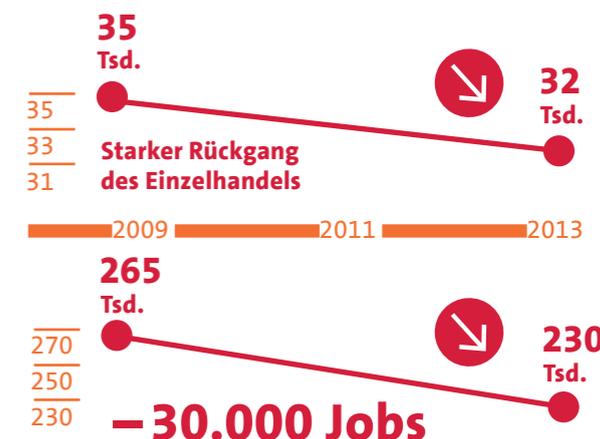




FOTO: MICHAEL SKWARCIAK/ABBOTT

WACHSTUM DURCH GUTE ARBEIT

Perspektiven für den Dienstleistungssektor in Hessen

SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG – Text
THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

Was haben eine REWE-Verkäuferin und ein Investmentbanker gemeinsam? Was eine Frisörin und ein Lufthansa-Pilot? Die Arbeit aller vier zählt zum Dienstleistungssektor – also jenem Produktionsbereich, in dem Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Gastgewerbe, Finanzwirtschaft oder Versicherungen zusammengefasst werden. Viel mehr Gemeinsamkeiten wird man aber im Hinblick auf das Berufsleben der Genannten nicht entdecken. Im Gegenteil: Die Unterschiede stechen direkt ins Auge – bei Gehalt, Status und sozialer Sicherheit.

Rund drei Viertel der hessischen Wertschöpfung und der Arbeitsplätze entfallen auf den Dienstleistungssektor. Und auch wenn oft nicht ganz trennscharf zwischen Dienstleistung und produzierendem Gewerbe unterschieden werden kann – denn auch in der Industrie arbeiten viele Menschen in Dienstleistungsberufen – ist der Trend der vergangenen Jahrzehnte eindeutig: Der Dienstleistungssektor wächst. Und gerade für Hessen ist es wichtig, dass beide Sektoren – Dienstleistung und Produktion – eine sichere Zukunft haben. In dieser Ausgabe von „Zukunft Hessen“ geht es um Dienstleistung, nachdem der Strukturwandel in der Industrie das Schwerpunktthema des vergangenen Hefts war.

Aus sozialdemokratischer Sicht muss die Entwicklung der Dienstleistungsbranchen mit dem Anspruch einhergehen, gute, anständig entlohnte und sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Gerade der Dienstleistungsbereich mit seiner großen Spannweite an Angeboten zeichnet sich auch durch eine große Spreizung der Löhne und Gehälter aus. Es gibt absolute Spitzengehälter, die ein materiell sorgenfreies Leben ermöglichen. Vor allem hat sich aber die Niedriglohnbeschäftigung wuchernd ausgebreitet – mit all ihren negativen Folgen, die in dem englischen Begriff „Working Poor“ mitschwingen.

Lange Zeit haben die marktradikalen Heilsbringer Armutslöhne als Jobmotor gefeiert. Sie haben die Lohnhöhe als ausschlaggebendes Kriterium für den Bestand und die Entwicklung von Arbeitsplätzen gesehen und die These gepredigt, je geringer der Lohn, desto mehr Arbeitsplätze. Und sie haben Kündigungsschutz, Mitbestimmung und soziale Absicherung für eher hinderlich gehalten. Die Einführung des Mindestlohns in Deutschland hat diesen Exper-

ten ein Stück weit den Teppich unter den Füßen weggezogen. „Jobkiller Mindestlohn“ war damals zu lesen. Keine Horrorzahl über Arbeitsplatzverluste war zu groß. Und heute? „Bisher gibt es kaum Hinweise auf nennenswerte Beschäftigungsverluste infolge des gesetzlichen Mindestlohns“, bilanziert das namhafte Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), eine Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit. Die Beschäftigung nimmt – wenn man jahreszeitliche Einflüsse herausrechnet – seit Jahren stetig zu. Das „Arbeitsplatzbarometer“ der Agentur für Arbeit lässt auch in den kommenden Monaten Gutes erwarten.

„Armutslöhne sind kein Jobmotor. Der Mindestlohn ist ein Erfolg.“

Der Mindestlohn, den die SPD in der großen Koalition mühsam durchsetzen musste, ist ein Erfolg, auch wenn in Hessen aufgrund der ohnehin höheren Löhne weniger Menschen davon profitieren als zum Beispiel in den neuen Ländern. Der Mindestlohn ist aber nicht die einzige und schon gar nicht die letzte Antwort auf die sozialdemokratische Forderung nach „guter Arbeit“.

Welche Chancen gerade mit Blick auf den Dienstleistungssektor im Thema „Gute Arbeit“ stecken, zeigt ein Blick in die skandinavischen Länder. Der DGB Hessen/Thüringen hat schon vor acht Jahren in seiner Studie „Eckpunkte für eine zukunftsfähige Dienstleistungspolitik in Hessen“ Entwicklungen aufgezeigt, die immer noch gültig sind. Gerade im Bereich der sozialen und gesellschaftsbezogenen Dienstleistungen – also im Sozial-, Gesundheits- und Erziehungswe-

sen – hat Deutschland Nachholbedarf. Und diese Bereiche zeichnen sich durch hochwertige Aufgaben aus, die auch eine entsprechende Qualifikation erfordern. Oder wie es der DGB formuliert: Die Zukunft des Dienstleistungssektors liegt nicht in der „Low Road“ – schlechte Qualifikation, schlechte Löhne, unsichere Arbeitsverhältnisse –, sondern in der „High Road“ – hohe Qualifikation, anständige Löhne und stabile Arbeitsverhältnisse. Ein Beispiel dafür sind die Bereiche Bildung, Kinderbetreuung und Pflege, die in Skandinavien deutlich präsenter sind als bei uns und dort auch meistens mit mehr Anerkennung verbunden sind. Diese Bereiche zu stärken, sorgt auch für eine gleichmäßigere Einkommensverteilung. Übrigens auch zwischen den Geschlechtern: In Skandinavien gilt das „Gender Pay Gap“ – also die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen – im internationalen Vergleich als am niedrigsten.

Das Land Hessen hat Möglichkeiten, hier Positives zu entwickeln: Ausbau der Kinderbetreuung, die immer noch unter dem Bedarf liegt, Mindeststandards in der Krankenpflege, mehr Investitionen in Bildung und bessere Regeln bei

Mehr tun für Bildung, Erziehung, Forschung und Gesundheit.

der Auftragsvergabe u. a. bei Reinigungs- oder Verkehrsleistungen. Jeder dieser Punkte ist schon aus sich heraus wichtig und notwendig. Aber auch im Hinblick auf die Entwicklung des Dienstleistungssektors braucht Hessen hier mehr Engagement. Das ist auch ein Plädoyer für eine angemessene Staatstätigkeit. Stellenabbau und Privatisierung sind Rezepte der 80-er Jahre, für die Zukunft taugen sie nichts.

> Weiter auf S. 10

ANPACKEN, NICHT ZUGUCKEN



Im Klinikum Darmstadt hat Thorsten Schäfer-Gümbel bei einem Praxistag viel über den Alltag der Pflegekräfte erfahren.



Raus in die Praxis heißt es regelmäßig für die hessischen SPD-Landtagsabgeordneten, wenn sie einen Tag lang Einblick in die unterschiedlichsten Berufe nehmen. Acht dieser sogenannten Praxistage haben bislang stattgefunden, zum Beispiel im Handwerk, der Industrie, in der Kinderbetreuung, bei kommunalen Unternehmen, in der Alten- und Krankenpflege. Die Devise dabei ist: anpacken, nicht zugucken. Natürlich können solche Praxistage kein vollständiges Bild liefern, aber einen intensiven Eindruck vom Arbeitsalltag können sie vermitteln.

Auch öffentliche Dienstleistungen sind unverzichtbar. Die hessischen Feuerwehrleute halten für die Sicherheit ihrer Mitbürger den Kopf hin. Thorsten Schäfer-Gümbel hat die Gießener Feuerwehr bei einem Praxistag auf ihren Einsätzen begleitet.



Gerade der Bildungsbereich schreit förmlich nach mehr öffentlichen Ausgaben. Deutschlands Bildungsausgaben liegen im internationalen Vergleich unter dem Durchschnitt. Hier besteht konkreter Nachhol- und Verbesserungsbedarf, von der Krippe über die Schulen bis zur Uni. Um nur einen konkreten Punkt dafür zu nennen: Hessen braucht endlich ein flächendeckendes Angebot von richtigen Ganztagschulen. Und wenn in Deutschland in Kindergärten und -tagesstätten dieselben Personalschlüssel angesetzt würden wie in den skandinavischen Ländern, bräute das rund eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze. Ja, das kostet auch mehr Geld und lässt sich nicht im Handumdrehen bewerkstelligen. Aber es wäre die richtige Richtung – und das genaue Gegenteil von der schwarz-grünen Politik, wie sie durch das sogenannte Kinderförderungsgesetz (KiföG) betrieben worden ist.

Ähnlich wären die Entwicklungen in der Gesundheitswirtschaft, würde man nach Nordeuropa gucken. Zwar verkündet die Landesregierung mit glänzenden Augen Berichte über den guten Zustand der hessischen Gesundheitsindustrie – also der Herstellung von Medizinprodukten –, aber im Hinblick auf die konkrete Dienstleistung am Menschen durch Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte oder Krankenhäuser bleibt Schwarz-Grün einsilbig. Mit Personalstandards in der Pflege, mit einer durchdachten Krankenhausentwicklung und mit neuen Konzepten zur Versorgung des ländlichen Raums könnten die Versorgung verbessert und die Branche gestärkt werden.

Der Landespolitik steht also eine Reihe von Stellschrauben zur Verfügung, um den Dienstleistungssektor zu stärken und gute Arbeitsplätze zu schaffen. Mehr tun für Bildung, Erziehung, Forschung und Gesundheit steht auf der politischen Tagesordnung. Daneben muss weiterhin der Arbeitsmarkt reguliert werden. Die Einführung des Mindestlohns ist nicht das Ende, sondern der Anfang, wenn es gilt, Leitplanken für anständige Beschäftigung aufzustellen. So gehört auch die grundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen abgeschafft.



In der Fulda spiegeln sich die Fachwerkfassaden der nordhessischen Stadt Rotenburg.

Nordhessisches Fachwerk und Frankfurter Flair – Stefan Körzell, DGB-Bundesvorstandsmitglied, hat viele Lieblingsorte

SPD-LANDESVERBAND

Ich freue mich immer auf mein Hessen, Bad Hersfeld. Da bin ich zu Hause. Und weil ich unter der Woche viel unterwegs bin, sind dann die Wochenenden umso schöner, wenn auch das Wetter mitspielt und ich die Ruhe auf meiner Holzterrasse genießen kann. Mit viel Natur um mich herum, Tageszeitungen und einem guten Buch erhole ich mich und schöpfe Kraft für die nächsten Tage. Nordhessen hat einiges zu bieten. Da sind die Marktplätze der Fachwerkstädte in Nordhessen – in Rotenburg an der Fulda, Schlitz, Lauterbach, Eschwege oder der alte Hafen in Wanfried. Hessen

hat für mich sehr viele schöne Orte. Damals, durch meine Tätigkeit beim DGB Hessen-Thüringen, habe ich viele davon kennenlernen dürfen. Frankfurt jedoch möchte ich als gebürtiger Nordhesse besonders erwähnen. Die Stadt habe ich in den Jahren, in denen ich dort gelebt und gearbeitet habe, schätzen und lieben gelernt. Da sind beispielsweise der Paulsplatz mit seiner berühmten Kirche, der Römer und natürlich die zahlreichen Museen und Ausstellungen. Und was wäre Frankfurt ohne die vielen Apfelweinwirtschaften, in denen man ohne großes Zutun willkommen ge-

heißen wird? Etwas, das ich immer wieder erlebt habe, macht die Stadt wirklich zu etwas Besonderem: Es dauert nie lange, bis man mit Menschen ins Gespräch kommt. Mit der Frankfurter Grieß Soß hatte ich allerdings so meine Schwierigkeiten. Aber ein Äpfel schmeckt ja auch mit Rippchen.

Endlich mehr Lohngerechtigkeit!



FOTO: STUDIOSTOKS – FOTOLIA

HESSEN
SPD

RAUS AUS DER TEILZEITFALLE

Gespräch zum Thema Frauen im Dienstleistungsbereich mit Lisa Gnadl, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, und Ilka Briest, Landesfrauensekretärin von ver.di

SPD-LANDTAGSFRAKTION

Frau Briest, wenn Sie als Landesfrauensekretärin von ver.di einem Unwissenden das Thema Frauen im Dienstleistungsbereich näherbringen wollen: Wo fangen Sie an?

Ilka Briest: Die meisten Frauen heute sind erwerbstätig, oft im Dienstleistungsbereich, also in so vielfältigen Branchen wie Finanzdienstleistungen, im Sozial- und Gesundheitswesen, in der Bildung, in der Verwaltung privater Unternehmen und öffentlicher Dienststellen, in der Justiz, bei den Telekommunikations- und Postdiensten, im Handel und vielen weiteren privaten Dienstleistungen. Besonders in den sozialen und medizinischen Berufen arbeiten viele Frauen, zum Beispiel Erzieherinnen, Gesundheitspflegerinnen, Grundschullehrerinnen, Verkäuferinnen, Frisörinnen oder auch Bibliothekarinnen.

Welche Entwicklungen sehen Sie, wenn Sie die Situation vor 20 oder 10 Jahren mit der heutigen vergleichen?

Ilka Briest: Ich sehe Positives und Negatives: Ich freue mich darüber, dass für die meisten Frauen eine Berufsausbildung und die Ausübung eines Berufes wichtig ist – egal in welchen Branchen und Positionen sie arbeiten. Gleichstellung haben wir noch nicht erreicht, obwohl wir seit Anfang der 1990er Jahre Gleichberechtigungsgesetze für den öffentlichen Dienst, ein Antidiskriminierungsgesetz (AGG) und eine Antidiskriminierungsstelle des Bundes haben und Frauen zu 30 Prozent in Aufsichtsräten vertreten sein müssen. Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter arbeiten an der Aufwertung typischer Frauenberufe und finden, dass wir dringend ein Entgeltgleichheitsgesetz brauchen. Das soll Betriebe verpflichten, mit zertifizierten Prüfverfahren herauszufinden, wo und in welchem Umfang die Arbeit von Frauen diskriminierend bewertet wird – der all-

gemeine „Gender Pay Gap“, also die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, liegt immerhin noch bei 21 Prozent.

Sorge macht mir der große Niedriglohnbereich, vor allem in tarifungebundenen Branchen und Betrieben. Nach einer vom DGB in Auftrag gegebenen Studie aus 2013 „Frauen im Niedriglohnsektor in Hessen“ arbeitet jede und jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte in Hessen im Niedriglohn; in den Gesundheitsberufen ist jede dritte Frau eine Niedriglohnempfängerin.

Ihre Antworten verdeutlichen, wie vielschichtig die Arbeit im Dienstleistungsbereich ist. Mit welchen Problemen sind Beschäftigte aktuell besonders konfrontiert und welche Auswirkungen haben diese mittelfristig auch auf das Privatleben?

Ilka Briest: Unsichere Arbeitsverhältnisse – auch befristete Verträge – erschweren die Lebensplanung; in Betrieben und Verwaltungen mit relativ sicheren Arbeitsplätzen ist die gerechte Verteilung der Arbeitszeit eine Herausforderung: Eine kurze Vollzeit mit 30 bis 35 Wochenstunden wünschen sich die meisten Frauen und Männer, wenn sie danach gefragt werden. Dann wäre es auch leichter, die Kinderbetreuung und die Pflege von Familienangehörigen hinzukriegen.

Lisa Gnadl: Unsichere Beschäftigungsverhältnisse, Niedriglöhne, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – das alles führt zu unterbrochenen Erwerbsbiografien, verstärkt Teilzeitarbeit und Lohnungleichheit. Langfristig bedeutet das für viele Frauen Altersarmut.

Welche Berufsgruppen haben es Ihrer Erfahrung nach besonders schwer und wo liegen dort im Speziellen die Probleme?

Ilka Briest: Da, wo es noch keine Tarifverträge gibt! Und natürlich die alleinerziehenden Frauen! Diese brauchen besondere Unterstützung, auch durch gute Kinderbetreuungseinrichtungen!

Lisa Gnadl: Gerade im Dienstleistungsbereich gibt es viele Berufe, die von immer flexibler werdenden Arbeitszeitmodellen betroffen sind. Denke man nur an den Einzelhandel mit den verlängerten Ladenöffnungszeiten. Hier sind es vor allem Frauen, die als Verkäuferinnen betroffen sind. Die Flexibilität, die wir von ihnen erwarten, gibt es aber noch nicht flächendeckend in der Kita-Betreuung und schon gar nicht im Bereich der Betreuung von Grundschulkindern. Sobald die Kinder in die Schule kommen, werden viele Frauen mit Kindern wieder in Teilzeit oder ganz aus dem Berufsleben gedrängt. Und das bei dem, was eine Verkäuferin

> Weiter auf S. 14



Lisa Gnadl und Ilka Briest im Gespräch.

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

ferin verdient. Davon kann sie dann die Hälfte für Kinderbetreuungsgebühren ausgeben. Wir streiten deshalb für die beitragsfreie Kita. Bildung muss kostenlos sein.

Wo sehen Sie den dringlichsten Handlungsbedarf?

Ilka Briest: Es gibt so viel zu tun! Ich sehe Handlungsbedarf bei der sogenannten „Teilzeitfalle“. Sehr viele Familien leben das Modell „Mann Vollzeit und Frau niedrige Teilzeit“ – unfreiwillig, wenn man sie danach fragt. Frauen sollte mehr ermöglicht werden, „kurze Vollzeit“ über ihren gesamten Erwerbsverlauf hinweg zu arbeiten.

Lisa Gnadl: Wichtig ist auch, dass wir ein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit haben. Genau das will SPD-Bundesministerin Andrea Nahles gesetzlich verankern. Und wir brauchen gerade für die sozialen Berufe endlich eine Aufwertung.

Ilka Briest: Und bei der Rente: Nach einer ca. 40-jährigen Erwerbsbiografie muss die Rente zum Leben reichen und über der Grundsicherung liegen; bei der anstehenden Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) sollte dies herauskommen!

Frau Gnadl, für die Politik gibt es an dieser Stelle erkennbar einiges zu tun. Welche Antworten bietet Ihre Partei?

Lisa Gnadl: Es gibt nicht eine Lösung für alle angesprochenen Herausforderungen. Die SPD hat auf Bundesebene einiges auf den Weg gebracht, das Frauen im Dienstleistungsbereich zugutekommt: zum Beispiel den gesetzlichen Mindestlohn, damit der Stundenlohn insbesondere auch für Frauen im Niedriglohnsektor ansteigt. Das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen ist ein Baustein zur Bekämpfung der Lohnungleichheit. Fortschritte bedeuten auch die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses für Alleinerziehende, die Verankerung des Rechts auf Rückkehr in Vollzeit und das Gesetz für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen. Letzteres ist notwendig, damit Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten mitentscheiden können. In Hessen kämpft die SPD für gebührenfreie Bildung von Anfang an und echte Ganztagschulen.

GLEICHE CHANCEN – GLEICHES GELD



Volles Haus bei der Veranstaltung zum Weltfrauentag. Mit dabei (v.l.n.r.) Lisa Gnadl, Thorsten Schäfer-Gümbel, Manuela Schwesig und Heike Habermann.



Mit viel Spielfreude hat das Saxophon-Quartett „Famdüsax“ für ordentlich Stimmung gesorgt.



Frauenpower – aktive Sozialdemokratinnen aus dem Main-Taunus-Kreis nutzen die Chance zu einem Foto mit der Ministerin.

Die Forderung nach Lohngleichheit für Frauen stand im Mittelpunkt der Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion zum Weltfrauentag 2017 mit Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie forderte, dass „Frauen genauso fair bezahlt werden wie Männer“. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Lohngleichheit ziele darauf, die Rechte von Frauen zu stärken. „Gleichberechtigung darf nicht nur im Grundgesetz stehen, sondern muss auch in der Lebenswirklichkeit bestehen.“ Die Lohnlücke betrage 21 Prozent. Frauen gerieten vor allem dann schnell aufs berufliche Abstellgleis – Stichwort Teilzeitfalle –, wenn sie sich für Kinder entschieden. Schwesig forderte einen Wandel in Unternehmen und im öffentlichen Dienst.

FOTOS: MARTINA HÄUSEL-DAVID



Im Göbel's Schlosshotel „Prinz von Hessen“ in Friedewald bei Bad Hersfeld trifft historisches Ambiente auf modernen Luxus und gehobene Gastlichkeit.



Mit seinem außergewöhnlichen Ambiente mitten im Naturparadies Waldhessen lässt das Göbel's Schlosshotel keine Wünsche offen. Vor der reizvollen Kulisse einer Wasserburgruine kann man sich in eleganter Atmosphäre das ganze Jahr über ein besonderes Verwöhnprogramm gönnen. Hier erlebt man romantische Schlossatmosphäre und taucht ein in eine Welt von Anmut und Schönheit.



Im ehemaligen Jagdschloss der hessischen Landgrafen werden die Gäste in stilvollen Restaurants, auf der eleganten Terrasse und in der Café-Lounge mit erstklassiger Küche verwöhnt und können in den großzügigen und liebevoll eingerichteten Schlosszimmern und Suiten mit höchstem Wohnkomfort herrlich ausspannen.

Eine Oase der Ruhe und Entspannung erwartet die Gäste in der eleganten Sauna- und Wellnesslandschaft „Kristall SPA“ – ein Verwöhnparadies der

Extraklasse auf 2.000 m² mit Innen- und Außenpool, Saunalandschaft, Ruheräumen, SPA-Bistro, Wellnessgarten, umfangreichem Wellness-, Sport- und Fitnessprogramm, 12 Behandlungsräumen und einer Privat-Spa-Suite. Erst kürzlich wurde die Saunalandschaft renoviert und erweitert sowie das Schwimmbad modernisiert – und ergänzt nun das elegante Design des traumhaften Wellnessbereichs.



Um die Qualität stets auf hohem Niveau zu halten und auf die Wünsche der Gäste zu reagieren, stehen einige weitere Neuerungen und Investitionen im Göbel's Schlosshotel an. So kann man sich schon jetzt auf 4 neue geräumige Wellness-Suiten mit Infrarotsauna oder Whirlwanne, eine Kinderspiel-Villa auf 2 Etagen und den Umbau der Café-Lounge in eine stylische Loungebar freuen.

Göbel's Schlosshotel, Am Schlossplatz 1, 36289 Friedewald
Tel. 066 74 - 9 22 40, info@goebels-schlosshotel.de, www.goebels-schlosshotel.de

GUTE AUSBILDUNG FÜR DIE PFLEGE



Reform als Abschluss einer erfolgreichen Pflegepolitik

SPD-LANDESVERBAND – Text **BETTINA MÜLLER, MdB**

Bettina Müller – ausgebildete Krankenschwester und studierte Juristin – ist Bundestagsabgeordnete. In der SPD-Fraktion ist sie Fachberichterstatlerin für die Reform der Pflegeberufe.

Die große Koalition in Berlin hat die Pflege in dieser Wahlperiode gestärkt und zukunftsfest gemacht. Nach dem Reformstau unter der schwarzgelben Vorgängerregierung wurden mit den Pflegestärkungsgesetzen I bis III unter maßgeblicher Mitwirkung der SPD wegweisende Leistungs- und Qualitätsverbesserungen und der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff umgesetzt.

Die Qualität der pflegerischen Versorgung wird aber auch ganz maßgeblich von der Ausbildung bestimmt. Ausreichende und gut ausgebildete Pflegerinnen und Pfleger sind die Voraussetzung dafür, dass die vorgenommenen Verbesserungen auch umgesetzt werden können. Hinzu kommt, dass derzeit weder die Altenpflege noch die Krankenpflege für die demografiebedingten Veränderungen ausreichend gewappnet sind. Mit der Alterung der Gesellschaft wachsen Krankenpflege und Altenpflege zwar immer weiter zusammen, die Ausbildung der Pfle-

geberufe spiegelt das aber nicht wider: Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger brauchen mehr Spezialwissen über den Umgang mit alten Menschen, deren Anteil in den Krankenhäusern immer weiter zunimmt. Umgekehrt fehlen dem Personal in der Altenpflege Kenntnisse in der medizinischen Behandlungspflege.

Die seit vielen Jahren diskutierte Reform der Pflegeberufe wäre daher der krönende, aber auch zwingend nötige Abschluss einer erfolgreichen Pflegepolitik. Leider ist das Pflegeberufereformgesetz, eines der wichtigen Re-

formvorhaben für die zukunftsfeste Gestaltung der Alten- und Krankenpflege, selbst zum Pflegefall geworden: Seit der Ausschussanhörung im Mai 2016 stockt das parlamentarische Verfahren. Eine Verabschiedung des Gesetzes kam 2016 nicht mehr zu Stande und auch in den verbleibenden Sitzungswochen der laufenden Wahlperiode sorgt die Blockadehaltung von Teilen der Unionsfraktionen zunehmend für Ärger.

Ein Scheitern würde aber die längst überfällige Neuausrichtung der Pflegeberufe um viele Jahre verzögern. Schon jetzt ist wegen

FAKTEN VERLOREN IM SYSTEM?

Rund 25.000 demenzkranke Menschen werden jährlich in hessischen Krankenhäusern behandelt. Das sind ca. vier Prozent aller Patienten, hat die Landesregierung auf Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Daniela Sommer und Timon Gremmels mitgeteilt. Diese Patientengruppe stellt besondere Anforderungen an die Pflegekräfte. Vor allem, wenn ihnen keine engagierten Angehörigen zur Seite stehen, können sie sich schnell „verloren im System“ vorkommen, befürchten die Abgeordneten.

der im Gesetz vorgesehenen großzügigen Vorbereitungs- und Übergangsphasen für die Schulen und Ausbildungsbetriebe frühestens ab 2023 mit ersten Absolventinnen und Absolventen einer neuen Ausbildung in den Einrichtungen zu rechnen. Ein nennenswerter Anteil von zehn Prozent der Fachkräfte dürfte, bei gleichbleibender Zahl an Auszubildenden, erst in zehn Jahren oder noch später erreicht werden – zu wenig und zu spät, um die pflegerischen Herausforderungen in sich ändernden Settings zu meistern, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in die Pflegebedürftigkeit kommen

und der Anteil der hochbetagten Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern noch einmal deutlich zunimmt.

Dabei greift der vorliegende Gesetzentwurf bereits viele Einwände der Kritiker einer generalistischen Pflegeausbildung auf und verschiebt den Ansatz deutlich hin zu einer integrierten Ausbildung. Dazu gehören unter anderem die sogenannten Vertiefungseinsätze im dritten Ausbildungsjahr in einem der drei ursprünglichen Berufe, die eine weitgehende Spezialisierung sicherstellen. Auch mit der

Regelung, mindestens 50 Prozent der praktischen Ausbildung verpflichtend im Betrieb des jeweiligen Ausbildungsträgers zu absolvieren, ist man den Betrieben sehr weit entgegengekommen. Zahlreiche weitere Änderungen, die letztlich zu einer Mischform aus Generalistik und integrierter Ausbildung geführt haben, sollten auch für die Kritiker in der Union akzeptabel sein.



FOTO: OBS/DEUTSCHER PFLEGETAG/AOK-MEDIENDIENST

Der berufliche Alltag in der Pflege bedingt neue Ausbildungswege. Beim Deutschen Pflegetag 2016 wurde die geplante Reform begrüßt, auch weil sie die benötigte Basis an gut ausgebildeten und motivierten Pflegefachkräften sichert. Leider ruht das Vorhaben wegen der Haltung der CDU-Bundestagsfraktion seit Monaten.



FOTO: NANCY FAESER

ACHTUNG



SCHWARZ-GRÜN

WANDEL IM DIENSTLEIS- TUNGSSEKTOR: GESTALTEN STATT ZUSCHAUEN!

SPD-LANDESV ERBAND – Text NANCY FAESER

Die Digitalisierung wird im Dienstleistungssektor vieles verändern. Ob LKW-Fahrer, Bankangestellte oder Angestellte im Einzelhandel: Manche ihrer Tätigkeiten werden ersetzt, dafür kommen neue, oft anspruchsvolle, dazu. Manche Jobs wird es in Zukunft seltener geben. Dafür werden in manchen Dienstleistungsberufen wie im IT-Bereich oder in der Altenpflege in Zukunft mehr Fachkräfte gebraucht. Das Zeitfenster, die betroffenen Menschen rechtzeitig auf diese Veränderungen vor-

zubereiten, ist: jetzt. Die Politik muss Anreize und Rahmenbedin-
„Anreize für Quali-
fizierung schaffen“
gungen für berufsbegleitendes Lernen und frühzeitige Um- und Weiterqualifizierung schaffen. Sie muss die betroffenen Berufsgruppen auch frühzeitig dafür sensibilisieren. Sie muss für gute Angebote sorgen, damit die Veränderungen die Arbeitnehmer in ein paar Jahren nicht „kalt erwischen“.

In Hessen ist davon wenig zu sehen. Wir brauchen eine Landesregierung, die den Wandel der Arbeitswelt zusammen mit den Sozialpartnern zur Chefsache macht. Keine, die wie die jetzige nur im Zuschauersessel abwartet.

Gerade in vielen Dienstleistungsberufen wird die Arbeit mobiler und zeitlich flexibler. Damit niemand abgehängt wird, müssen wir Flexibilität für alle möglich machen. Ein Beispiel: Wenn das Homeoffice zum Standard wird, dann wird flächendeckend

schnelles Internet zur Pflicht. Pflegende Angehörige und Eltern brauchen mehr zeitlichen Spielraum bei der Pflege und bei der Kinderbetreuung. Im SPD-regierten Berlin etwa gibt es bald einen „Mobilen Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten“ (MoKis). Martin Schulz und Manuela Schwesig wollen das für ganz Deutschland ermöglichen. Das schwarz-grüne Hessen-KiföG hingegen bewirkt das Gegenteil. Die Landesförderung beschränkt sich auf 35 Wochenstunden. Kitas im ländlichen Raum wurden ihrer finanziellen Planungssicherheit beraubt. Das macht elternfreundliche Öffnungszeiten anzubieten für sie noch schwieriger. Eine Ausweitung der oft dürftigen Betreuungszeiten und der Ganz-

tagsschulangebote würde es umgekehrt mehr Eltern erlauben, nach ihren Wünschen berufstätig zu sein. Das hätte auch ein Plus bei den Steuereinnahmen und wegfallende Sozialausgaben zur Folge – ein positiver Nebeneffekt, der zur Finanzierung beitragen könnte. Die Digitalisierung der Arbeitswelt braucht klare Spielregeln und die Politik muss diese durchsetzen. Sonst droht die „Uberisierung“ unserer Arbeitswelt. Gerade im Dienstleistungssektor haben viele Arbeitnehmer schon jetzt mit Niedriglöhnen, Verhinderung von Mitbestimmung und der Umgehung von Tarifverträgen zu kämpfen. Ein Musterbeispiel dafür ist Ryanair. Das Unternehmen unterläuft gültige Sozialstandards und verweigert

jede aktive Tarifbindung für seine Beschäftigten. Die Crews, die ab nächsten Sommer in Frankfurt stationiert werden sollen, erwerben weder Rentenansprüche noch Krankheitsschutz nach deutschem Recht. Damit wird am Frankfurter Flughafen ein Lohn- und Sozialdumpingwettbewerb ausgelöst. Dass ausgerechnet solche Airlines unter einem grünen Verkehrsminister am Drehkreuz Frankfurt angesiedelt werden, zeigt einmal mehr: Schwarz-Grün versteht nichts von guten Arbeitsbedingungen im Dienstleistungsbereich.

„Soziale Standards erhalten“

FOTO: VICTORIA – FOTOLIA



Digitalisierung und Globalisierung sind die beiden Megatrends, welche die Arbeitswelt rapide verändern.



Produktionslogistik



Verkauf



Gebäudereinigung



Technische Reinigung



Terminalreinigung

Der Mensch muss im Fokus des wirtschaftlichen Handelns stehen.

„DEN SCHUTZ WIEDER HERSTELLEN“



INTERVIEW MIT VER.DI-LANDESBEZIRKSLEITER JÜRGEN BOTHNER
zu Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechten in Zeiten des Wandels

Herr Bothner, internationale Konkurrenz, Digitalisierung und „Sharing economy“-Modelle verändern ganze Branchen. Welche Herausforderungen sehen Sie auf Hessens Beschäftigte zukommen?

Die Arbeit im Dienstleistungssektor wird in vielfacher Hinsicht noch flexibler und entgrenzter. Das betrifft die Arbeitszeit in Dauer und Lage, den Ort der Leistungserfüllung, aber auch die Flexibilität, die von Beschäftigten erwartet wird. Dies bedroht zunehmend unsere hart erkämpften Arbeitnehmerschutzrechte. Die meisten Regelungen stammen aus den 1960er und 1970er Jahren. Sie orientieren sich an ortsabhängiger zergliederter Vollzeitarbeit und regeln Kollektive. Das passt heute vielfach nicht mehr. Früher war es zum Beispiel die Regel, dass alle zur gleichen Zeit anfangen zu arbeiten. Auch das ist heute nicht mehr so. Daher brauchen wir neue Vereinbarun-

gen und Gesetze, die den Schutz wieder herstellen und ausbauen. Und vor allem muss die Mitbestimmung erhalten bleiben.

Was muss in Hessen politisch getan werden, um den bedrohten Berufsgruppen eine verlässliche Weiterentwicklungsperspektive zu geben?

Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen für ein lebenslanges, auch berufsbegleitendes Lernen. Politik muss die Rahmenbedingungen verbessern in Bereichen, in denen zunehmend Arbeitskräfte gebraucht werden, wie in der Altenpflege. Zudem muss die Forschung zu den spezifischen Belastungen und Beanspruchungen wie auch die zu den positiven Potentialen der digital mobilen Arbeit intensiviert werden.

Vielfach nutzen Beschäftigte ihre vorhandenen Rechte auf Fort- und Weiterbildung nicht ...

Hier zeigt sich, dass sowohl gesetzliche als auch tarifvertragliche Vereinbarungen immer zweimal durchgesetzt werden müssen, nämlich einmal auf dem Papier und dann auch im Betrieb. Es ist bedauerlich, dass viele Arbeitgeber die hierin liegenden Vorteile noch nicht erkennen und nutzen.

Bei Amazon in Osthessen zieht sich der Streik für einen besseren Tarifvertrag seit Jahren hin. Welche Strategie kann eine national verankerte Gewerkschaft gegen einen global agierenden Konzern fahren?

Bei Amazon verstärken wir die länderübergreifende gewerkschaftliche Zusammenarbeit und vernetzen die grenznahen Amazon-Standorte. Das zeigt erste Wirkungen. Der Mensch muss im Fokus des wirtschaftlichen Handelns stehen. Für die dafür notwendigen Standards und Mindestbedingungen sollte die Politik die Rahmen und die Ge-

werkschaften die Inhalte liefern. Das fängt beim Arbeitsschutz an und hört bei der Unternehmensbesteuerung nicht auf.

In einigen Berufen gibt es erheblichen Fachkräftemangel – etwa bei den Pflegekräften und den Erziehern. Reicht hier bessere Bezahlung aus, um das Problem zu lösen?

Gute Bezahlung macht Berufe attraktiv. Mit Geld allein ist es jedoch nicht getan. Es geht um die Bedingungen der Arbeit. In der Pflege, im Sozial- und Erziehungsdienst arbeiten vornehmlich Frauen. Warum bekommen Pflegekräfte oder Erzieherinnen teilweise nur halb so viel Geld wie Facharbeiter in der Industrie? Gute Arbeit, gute Leute, gutes Geld – das gehört für mich zusammen, egal in welcher Branche.

2016 waren erstmals mehr als die Hälfte der ver.di-Mitglieder weiblich. Was wünschen sich die weiblichen Beschäftigten in Hessen von ihrem Berufsumfeld?

Eine viel stärkere Anerkennung ihrer geleisteten Arbeit innerhalb und außerhalb des Berufs. Und sie wünschen sich bessere Bedingungen, um Beruf, Familie und Privatleben miteinander vereinbaren zu können. Dazu zählt der Rechtsanspruch auf Rückkehr aus der Teilzeit in die Vollzeit.

Sie sind auf ehrenamtlicher Basis Ortsvereinsvorsitzender der SPD in ihrem Heimatort Karben. Was wären ihre größten Wünsche an einen Bundeskanzler Martin Schulz?

Von einem Kanzler Martin Schulz wünsche ich mir, dass er die notwendigen Veränderungen des Wandels der Arbeitswelt beteiligungs- und arbeitnehmerorientiert anlegt. Im Wissen, dass wirtschaftliche Stärke ohne erfahrbare soziale Gerechtigkeit dauerhaft nicht erwachsen kann, erwarte ich mir von ihm nicht nur einen Blick für das Machbare, sondern einen hin zum Notwendigen. Das muss erfahrbar sein wie er als Kanzler – vor Ort bei einem Besuch der SPD in Karben. Martin Schulz ist herzlich eingeladen!



FAKTEN STARKE GEWERKSCHAFT

Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat Ende 2016 gut 166.000 Mitglieder gezählt. Davon sind knapp mehr als 50 Prozent Frauen. Die Mitgliederzahl bei ver.di Hessen ist auf diesem Niveau seit Jahren konstant. In ver.di sind mehr als 2.000 Berufe organisiert, von der Finanzbranche über den Gesundheitssektor, die Kirchen, Bildung und Wissenschaft, Telekommunikationsdienste, Medien, Postdienste und Speditionen, Sozialversicherungen, Sicherheitsdienste, Verkehr, Ver- und Entsorgung bis hin zum Handel.

JÜRGEN BOTHNER STEHT SEIT 2003 AN DER SPITZE DES VER.DI-LANDESBEZIRKS. DER GELERNT FERNMELDEHANDWERKER STUDIERT NACH SEINER AUSBILDUNG SOZIALÖKONOMIE IN HAMBURG UND IN DEN USA.

KULTUR- UND KREATIVWIRTSCHAFT MINDESTENS SO WICHTIG WIE AUTOINDUSTRIE

Gastbeitrag von **WOLFGANG WEYAND**



Vorsitzender des Clusters der Kreativwirtschaft in Hessen e.V. (CLUK) und des Interessenverbands Musikmanager & Consultants e.V. (IMUC).

Peugeot erwägt den Kauf von Opel. Gleich drei Minister engagieren sich, um die Interessen von 19.000 Opelern in Deutschland zu vertreten und die Relevanz für die deutsche Wirtschaft zu betonen. Allein in Hessen zählt Opel rund 15.000 Beschäftigte. Fast 50.000 sind es in der gesamten Automobilbranche. Mitunter hat man das Gefühl, dass unser Wohlergehen allein von der Prosperität dieser am Scheideweg stehenden Schlüsselindustrie abhängt. Doch Hessen hat deutlich mehr zu bieten. Noch dazu in perspektivisch vielversprechenderen Branchen.

Ein Blick auf die Zahlen der Kreativwirtschaft zeigt, was diese heterogene Branche mit ihren elf Teilmärkten Software/Games, Werbung, Presse, Design, Architektur, Film, Buch, Musik, Theater/Tanz, Rundfunk und Kunst zu leis-

ten im Stande ist: 2014 erzielte der Wirtschaftszweig einen Umsatz von rund 11,7 Milliarden Euro. 2015 waren in Hessen mindestens 116.900 Kultur- und Kreativschaffende erwerbswirtschaftlich tätig. Darunter 70.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 11.900 freiberufliche Künstler und Publizisten, 20.000 Unternehmensinhaber sowie 15.000 geringfügig entlohnte Beschäftigte. In der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Personen um 1.300 gegenüber dem Vorjahr zu. Allein die Stadt Frankfurt zählt 26.400 Beschäftigte, gefolgt von den kreisfreien Städten Darmstadt (7.700) und Wiesbaden (5.300). Hier wächst ein Wirtschaftszweig

heran, der Hessens Zukunft nachhaltig beeinflussen wird.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist für die Wirtschafts-, Standort-, Image-, Beschäftigungs- und Stadtentwicklungspolitik von großer Bedeutung. Sie bewegt sich im Spannungsfeld zwischen der geförderten Kultur und dem freien Wirtschaftsmarkt – ein Ziel sollte es sein, der privaten Kulturwirtschaft ausreichend Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten und Konkurrenz zur geförderten öffentlichen Kulturwirtschaft abzubauen. Sie umfasst Einzelpersonen und größere Unternehmen. Sie vereint Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle, die man als überaus flexibel bezeichnen kann.

Nirgendwo sonst ist der Anteil an Heimarbeitsplätzen größer als in der Kreativwirtschaft. Mitunter sind die Übergänge fließend und bestens vereinbar mit der jeweiligen familiären Situation. Vorausgesetzt, das „Homeoffice“ ist an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Ballungsräume angeschlossen, womit ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung genannt wäre. Ein weiterer betrifft das Angebot an bezahlbaren Räumen in für die Kreativwirtschaft attraktiven Lagen. Das können durchaus Randlagen sein. Diese sollten aber nicht

als solitäre Quartiere aufgezogen sein. Denn Silodenke und Kreativwirtschaft passen nicht zusammen. Da die Kreativwirtschaft eine junge Branche ist mit niedrigem Altersdurchschnitt, sollten auch günstiger Wohnraum und eine entsprechende vitale Gastronomie- und Kulturszene vorhanden sein.

Ein Faktor, der für größere Städte spricht und dieses hinsichtlich Erscheinungsbild und Image auch gut zu Gesicht stünde. Denn

die Möglichkeit der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. CLUK begrüßt deshalb Maßnahmen, um die hessische Kultur- und Kreativwirtschaft mit anderen Kreativmetropolen zu vernetzen, im besten Fall durch direkte Initiativen mit anderen europäischen Standorten. So kann nicht nur der wirtschaftliche, sondern auch der kulturelle Austausch der Regionen gefördert werden. Für ein geeintes Europa der Kulturen eine unabdingbare Voraussetzung.

dass in enger Kooperation mit der Privatwirtschaft hier marktfähige Konzepte umgesetzt werden können, vor allem an den Standorten Frankfurt, Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden.

Der Zugang zu finanziellen Ressourcen gestaltet sich für Freiberufler und Kreativwirtschaftsunternehmen als herausfordernd. Für Kreditinstitute ist der meist kleinteilige Finanzbedarf nicht attraktiv. Die Geschäftsmodelle der Kreativwirtschaft basieren zudem auf immateriellen Wirtschaftsgütern, die nicht als Sicherheit akzeptiert werden. CLUK setzt sich dafür ein, der hessischen Kreativwirtschaft den Zugang zum Kapitalmarkt künftig zu erleichtern. Hier sollte die Politik Weichen stellen. Wir erhoffen uns über die Landesförderinstitute einen Zugang zum Kapitalmarkt – durchaus auch unter Einbeziehung von europäischen Mitteln. Es bedarf innovativer Förderinstrumente, die auf die speziellen Gegebenheiten in den einzelnen Teilbranchen abgestellt sind.

Mittelfristig gilt es, die Förderung der unterschiedlichen Kreativwirtschaftsbranchen ausgewogener als bisher einzusetzen. Obgleich hier mit Widerständen zu rechnen ist, bleiben doch erhebliche Zweifel an der bisherigen Praxis und der unterschiedlichen Systematik. Als Beispiel herhalten mag die opulente Filmförderung gegenüber der homöopathischen Musikförderung auf Landes-, Bundes- und der kommunalen Ebene. Hier geht es um mehr Ausgewogenheit. Denn die Kultur- und Kreativwirtschaft kann als Gesamtbranche nur an Bedeutung gewinnen, wenn die einzelnen Teilbranchen sich adäquat entwickeln und wachstumsfähig sind.

Kreativwirtschaft wirkt auch nach außen. Sei es in Form von Veranstaltungen, Messen, Kongressen und Awards oder in Form von Erzeugnissen wie Konzerten, Ausstellungen oder Festivals. Die enge Verzahnung mit dem wissenschaftlichen Bereich ist von Vorteil, eine günstige Verkehrsanbindung für die in der Regel äußerst mobilen Kreativwirkenden ebenso. Und

Die Kultur- und Kreativwirtschaft zeichnet sich durch hohe Dynamik und Flexibilität aus, besonders aber durch ihre Innovationsfähigkeit: Kreative Unternehmen schaffen ständig Neues und bringen die Entwicklung einer Stadt, einer Region, eines Landes voran. CLUK setzt sich für kultur- und kreativwirtschaftliche Gründerzentren und für Kreativhäuser ein. Wir denken,

FOTO: ROBERT KNESCHKE – FOTOLIA



DRUCK AUF BESCHÄFTIGTE WÄCHST

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **GERT-UWE MENDE**

Viele Faktoren verändern die Arbeit im Einzelhandel



Die Veränderungen im Einzelhandel gehen häufig zu Lasten der Beschäftigten.

„Wir suchen eine flexible und zuverlässige Aus-
hilfskraft auf 450-Euro-
Basis/Teilzeit.“ Solche Stellen-
angebote im Schaufenster eines
Ladens, Cafés oder einer Bäckerei
sind keine Seltenheit. Sie stehen
beispielhaft für die Veränderung
der Arbeitswelt, die gerade im Ein-
zelhandel besonders spürbar ist.

Der Einzelhandel ist nämlich im
negativen Sinne Spitzenreiter mit
überdurchschnittlich vielen be-
fristeten Arbeitsverträgen, Mini-
Jobs und Teilzeitbeschäftigten.
„Atypisch“ werden solche Beschäf-
tigungsverhältnisse im Vergleich
zum „Normalarbeitsvertrag“ häu-
fig genannt. Aber ist atypisch nicht
in vielen Fällen die neue Norm?

Bundesweit ist die atypische Be-
schäftigung seit Anfang der 90er
Jahre deutlich gestiegen. Auch
wenn die Zahlen in jüngster Zeit
etwas rückläufig sind, so ist auf
der „langen Linie“ eine erheb-
liche Zunahme zu registrieren.
Daraus folgen gestiegene Risi-
ken wie Armut und Altersarmut,
mangelnde soziale Sicherheit
oder die Ungewissheit, wie sicher
der Arbeitsplatz ist. Das Institut
für Arbeit und Qualifikation (IAQ)
zieht das Fazit, dass das „deut-
sche Beschäftigungswunder“ mit
einer Zunahme von Prekariatsrisi-
ken einhergeht.

Dazu kommt, dass die Beschäf-
tigten häufiger „Schutzlücken“
ausgesetzt sind, weil Betriebe
entweder nicht der Tarifbindung
unterliegen, weil es keinen Be-
triebsrat gibt oder – im schlimm-
sten Fall – beides zutrifft. Das
Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung (IAB) hat 2013
festgestellt, dass rund 70 Prozent
der Einzelhandelsbetriebe nicht
tarifgebunden sind.

Die Föderalismusreform von
2006 hat dem Einzelhandel und
den dort Beschäftigten zudem
die Möglichkeit dramatisch ver-
längerter Öffnungszeiten be-
schert. An Werktagen können
hessische Läden inzwischen
24 Stunden geöffnet sein. Von
„kunden- und marktorientierten
Öffnungszeiten“ spricht das Hes-
sische Sozialministerium. Von
den Bedürfnissen der Beschäf-
tigten wird da nicht gesprochen
– weder im Hinblick auf familiäre
Pflichten, auf die Kinderbetreu-
ung, auf ehrenamtliches Engage-
ment noch auf die Aspekte Erho-
lung und Freizeit.

Der Online-Handel setzt den sta-
tionären Einzelhandel wirtschaft-
lich unter Druck. Ebenso der harte
Preiswettbewerb, der Discoun-
tern und großen Fachmärkten in
die Hände spielt. Wie heißt es so
schön: „Alle lieben Tante Emma,
aber keiner geht hin.“
Viele Betriebe wälzen einen Teil
ihres wirtschaftlichen Risikos zu-

nehmend auf die Beschäftigten
ab, indem sie „Arbeit auf Abruf“
organisieren. Auch hier hat der
Einzelhandel eine unrühmli-
che Spitzenposition neben dem
Gastgewerbe, wo auch viele der
beschriebenen Entwicklungen er-
kennbar sind.

MANAGERBEZÜGE BEGRENZEN

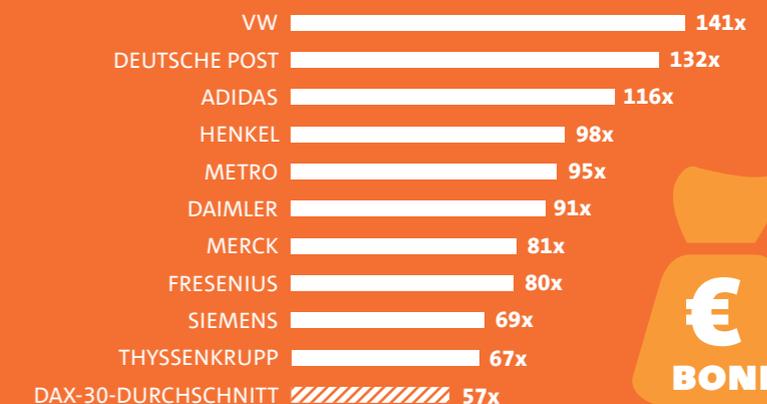
Wie gerecht ist es, wenn der
Vorstand eines Unternehmens
das Hundertfache eines norma-
len Angestellten bekommt? In
den Chefetagen der glitzernden
Unternehmenszentralen gibt
es eine Selbstbedienungsmentalität,
die aus Sicht der SPD-
Bundestagsfraktion gebremst
werden muss. Sie hat jetzt einen
Gesetzesentwurf zur Begrenzung
von Managergehältern und Boni
vorgelegt.

Er sieht vor, die steuerliche Ab-
setzbarkeit von Vorstandsbezü-
gen in Aktiengesellschaften auf
500.000 Euro pro Jahr zu begren-
zen. Damit können die Unterneh-
men weiter frei über die Höhe
entscheiden, aber wenigstens
gehen solche Gehälter und Boni-
zahlungen nicht mehr zulasten
der Steuerzahler.

Außerdem soll die Haupt-
versammlung ein Maximal-
verhältnis zwischen der Vor-
standsvergütung und dem
Durchschnittsgehalt festlegen.
Schließlich soll der Aufsichtsrat

bei schlechten Leistungen der
Vorstände die Bezüge herabset-
zen oder Ruhegehälter zurück-
fordern können.

WENN DER CHEF DAS 100-FACHE VERDIENT VERHÄLTNISS VON DURCHSCHNITTLICHER MANAGER- UND MITARBEITERVERGÜTUNG IN DAX-KONZERNEN



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2014

SICHERHEIT SCHAFFT ZUSAMMENHALT

Hessengipfel 2017 in Friedewald

SPD-LANDESVERBAND

Text **ISABEL NEUMANN** Fotos **SASCHA RHEKER**

„Wir haben gute Laune und wir haben guten Grund dafür. Wir haben einen Kanzlerkandidaten, der Erstaunliches auslöst. Und darauf wollen wir aufbauen“, begrüßte Generalsekretärin Nancy Faeser rund 200 Gäste des Hessengipfels 2017 in Friedewald. Zu Beginn der traditionellen politischen Jahresauftaktklausur des SPD-Landesverbandes und der SPD-Landtagsfraktion machte Faeser außerdem deutlich, dass

die SPD die Sorgen der Menschen ernst nimmt. Begrüßen durfte die Generalsekretärin am ersten Tag der Jahresauftaktklausur den Präsidenten des Bundeskriminalamts Holger Münch. Münch referierte in seinem Vortrag unter anderem über die aktuellen Anforderungen an die Innere Sicherheit. Während bei diesem ersten Teil der SPD-Klausur die öffentliche Sicherheit im Mittelpunkt stand, ging es am zweiten Tag mit den Gästen Andrea Nahles, der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, und dem SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz um die soziale Sicherheit.

Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, im Gespräch mit Thorsten Schäfer-Gümbel.

Die nordhessische Juso-Vorsitzende Lara Kannappel in der Debatte zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. ↓

Martin Schulz verbreitet sichtbar gute Laune. Hier mit dem Wiesbadener Oberbürgermeister Sven Gerich und dem Unterbezirksvorsitzenden in der Landeshauptstadt Dennis Volk-Borowski. ↓



↑ Gernot Grumbach, stellvertretender Landesvorsitzender, in der Debatte zur Verfassung. Die SPD will dort die Gebührenfreiheit von Bildung verankern.

Martin Schulz:
„Solidarität hat vor allem etwas mit Zuwendung und Hingabe zu den Menschen zu tun – egal, in welcher Zeit wir uns befinden.“



↑ Susanne Selbert informierte über den Stand der Verfassungsreform. Die SPD hat dazu viele Vorschläge gemacht.

→ Die besonderen Herausforderungen der Kommunen thematisierte Felix Schwenke, Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl in Offenbach.



↑ Martin Schulz wurde begeistert empfangen. Er forderte: „Menschen, die hart arbeiten, dürfen nicht schlechter gestellt werden als jene, die ihr Geld arbeiten lassen.“



↑ Karin Hartmann, Abgeordnete aus der Bergstraße, in der Diskussion mit Andrea Nahles.

MINDESTLOHN SORGT FÜR FAIRNESS

Gespräch über Erfahrungen aus Unternehmersicht mit Manfred Schmidt

SPD-LANDESVERBAND



Herr Schmidt, Sie treten für eine faire Bezahlung auch für einfache Jobs schon seit langem für Mindestlöhne ein. Stoßen Sie damit bei anderen Unternehmern immer auf Verständnis?

Die Delegiertenversammlung des Bundesinnungsverbands des Gebäudereiniger Handwerks BIV hat sich bereits 2004 mit großer Mehrheit für einen Branchenmindestlohn entschieden. Der Mindestlohn ist bis auf wenige Ausnahmen im Berufsverband unumstritten. Anfänglich große Befürchtungen in anderen Unternehmensbereichen haben sich weitgehend gelegt. Unsere Kunden im privaten und öffentlichen Sektor schätzen nach meinem

Eindruck inzwischen den Branchenmindestlohn. Der Mindestlohn sorgt im Wettbewerb für mehr Transparenz und Fairness und hat nicht zu Beschäftigungsabbau geführt.

Wie hat sich der Wettbewerb durch europäische Marktöffnung verändert? Müssen Sie sich seit der Osterweiterung verstärkt mit Lohndumping auseinandersetzen?

Die Osterweiterung hat in unserem Handwerk bisher keine nennenswerten Auswüchse in Bezug auf Lohndumping hervor gebracht. Es gilt das Ortslohnprinzip, das auch weitgehend eingehalten wird.

Eine Form des unfairen Wettbewerbs ist der exzessive Einsatz von Sub- und Sub-Sub-Unternehmern. Die oft ausländischen Beschäftigten haben es dadurch schwer, ihre Rechte beim eigentlichen Auftraggeber durchzusetzen. Was sollte die Politik hier tun?

Nachunternehmer sind in vielen Wirtschaftsbereichen – auch im Gebäudereiniger-Handwerk – unabdingbar. Für sie müssen allerdings dieselben staatlichen Kontrollmechanismen greifen wie für den Hauptauftragnehmer. Hier sehe ich große Defizite bei der Exekutive insbesondere im EU-Recht. Die EU-Gesetzgebung muss hier transparente faire Lösungen anbieten, die nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen inländischen und ausländischen Firmen führen und insbesondere deutsche Firmen benachteiligen. Das Ortslohnprinzip sollte auch auf den kaufmännischen Bereich ausgeweitet werden und überprüfbar sein.

Trotz etlicher Versuche der Politik werden die meisten Haushaltshilfen immer noch schwarz beschäftigt. Das geht zulasten der sozialen Absicherung der Be-



troffenen und der Allgemeinheit. Lässt sich das Problem überhaupt ohne massive Subventionen lösen?

Der Branchenmindestlohn beträgt 10 Euro. Der unternehmerische kalkulatorische Aufschlag allein durch gesetzliche und tarifliche Rahmenbedingungen liegt bei 60 -70 Prozent. Der brutto Stundenverrechnungssatz inklusive Mehrwertsteuer - also das was ein privater Nachfrager für eine Haushaltshilfe pro Stunde bezahlt- liegt damit bei über 20 Euro. Diese Diskrepanz lässt sich nur durch gesetzgeberische Maßnahmen verbessern.

Viele der hier aufgenommenen Flüchtlinge würden gern in Dienstleistungsjobs fußfassen. Wie beurteilen Sie als Arbeitgeber die bisherigen Integrationsmaßnahmen?

Nach anfänglichen Schwierigkeiten laufen die Maß-

nahmen inzwischen flüssiger und reibungsloser. Von einem „Normalzustand“ sind wir allerdings noch weit entfernt. Unabdingbare Voraussetzung für eine Integration ist das elementare Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift. Hier besteht noch sehr großer Nachholbedarf. Unsere Landesinnung hat in Hessen hier bereits anerkannt große Erfolge erzielt.

Viele Arbeitgeber beklagen die mangelnde Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern, auch in Hessen. Macht die Bildungspolitik ihren Job nicht?

Der Übergang von der Schule zur beruflichen Ausbildung ist in Deutschland suboptimal geregelt. Die Kultusministerkonferenz ist hier gescheitert. In unserem föderalen System fehlt ein bundesweites verbindliches Benchmarksystem, das qualitativ



DER GEBÜRTIGE WIESBADENER MANFRED SCHMIDT IST MITBEGÜNDER DER FIRMA SCHMIDT + BRANDT GMBH & CO

KG, DIE SEIT 1979 EXISTIERT. SIE ARBEITET FÜR ÖFFENTLICHE UND PRIVATE AUFTRAGGEBER IM RHEIN-MAIN-GEBIET. DER MEISTERBETRIEB IST IN DIE HANDWERKSROLLE EINGETRAGEN UND MITGLIED DER HESSISCHEN LANDESIINNUNG DES GEBÄUDEREINIGUNGS-HANDWERKS.

vergleichbare Qualifikationen für Schulabgänger hervorbringt. Berufsschulen und Aus- und Weiterbildungsinstitutionen müssen in der Folge die Eingangsqualifikationen „nacharbeiten“, was nicht ihr eigentlicher Auftrag ist. Hier wünsche ich mir mehr Sachlichkeit und Ehrlichkeit in der Schulpolitik.

Herr Schmidt, Ihr Unternehmen hat sich am Markt über Jahrzehnte erfolgreich behauptet – was würden Sie heutigen Gründerinnen und Gründern empfehlen?

Gründliche Vorbereitung! Erarbeitung eines tragfähigen Business-Modells. Ausführliche Markterkundung. Erkennen der eigenen Stärken im kaufmännischen und operativen Bereich. Schulung und Beratung durch IHK, HK und Banken.

Das Interview führte Michael Fraenkel

STABILITÄT IN KRISENHAFTEN ZEITEN

Gastbeitrag von **BERTRAM THEILACKER**,
Vorstandsmitglied der Nassauischen Sparkasse

Solides Geschäftsmodell der Sparkassen bei Regulierung berücksichtigen

Herbst 2008: Internationale Größen der Finanzbranche stehen nach dem Crash der Finanzmärkte auf dünnem Eis. Monatelang wird über drohende Insolvenzen und unsichere Finanzierungsbedingungen für Unternehmen orakelt. Eine Reihe von Banken kann nur mit staatlicher Unterstützung überleben. Es werden Banken in Ländern verstaatlicht, die bisher als Inbegriff einer liberalisierten und privatisierten Finanzwelt galten. In dieser Situation stehen die deutschen Spar-

kassen mit ihrem dezentralen Geschäftsmodell solide da. Sie stabilisieren den deutschen Finanzmarkt, stehen als Partner für kreditsuchende Unternehmen bereit, erzielen ordentliche Ergebnisse und zahlen kräftig Steuern. Von der Finanzkrise sind sie

selbst kaum betroffen. Die Einlagen ihrer Kunden machen sie unabhängig von den internationalen Finanzmärkten.

Gerade die Kundeneinlagen sind für die Sparkassen aber zur Herausforderung geworden. Die Negativzinspolitik der Europäischen

Wieder einmal geraten die Sparkassen in die Klemme der EU-Regulierung, die nur wenig Rücksicht auf die Besonderheiten des Sparkassenwesens nimmt.



Bertram Theilacker, Vorstandsmitglied der Nassauischen Sparkasse Wiesbaden, zählt auf die Sparkassen-Unterstützung von Kanzlerkandidat Martin Schulz.

Zentralbank ist die Ursache dafür, dass sie damit nicht nur kein Geld verdienen, sondern oft noch draufzahlen. Die Folge: Zinserträge sind stark rückläufig. Die Sparer wiederum sind mit geringen Zinsen auf ihre Guthaben und fehlenden Erträgen für ihre Altersvorsorge gleich mehrfach geschlagen. Für sie wie für die Sparkassen ist es wichtig, dass die EZB jetzt schrittweise umsteuert und wieder ein Finanzmarkt mit funktionsfähigen Mechanismen hergestellt wird.

Veränderungen kommen allerdings nicht nur aus dem operativen Geschäft. Sie kommen auch von den Regulatoren. Ständig kommen neue Vorschriften, die zwar auf Großbanken zielen, aber kleine Institute genauso treffen.

Der jüngste Vorstoß kommt von der Europäischen Bankenaufsicht

und betrifft die Aufsichtsgremien. Die Vorschläge sehen u. a. vor, dass Verwaltungsratsmitglieder – auch von Sparkassen – künftig dieselbe Ausbildung wie Vorstände haben. Dies lässt die besondere Struktur kommunal getragener Sparkassen außer Acht. Die Präsenz kommunaler Vertreter in Verwaltungsräten ist ihrer kommunalen Trägerschaft und dem spezifischen, daraus ableitbaren öffentlichen Auftrag geschuldet. „Das ist letztendlich ein gedankenloser Angriff auf die Strukturen der Sparkassen und auf die kommunale Selbstverwaltung“, so Michael Ermrich, Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands.

Eine große Herausforderung für die Sparkassen ist die Digitalisierung. Im Durchschnitt geht ein Kunde einmal pro Jahr in eine Filiale, nutzt 24-mal pro Jahr die

SB-Geräte, greift aber 100-mal online und 200-mal mobil auf seine Internetfiliale zu. Kunden wollen Bankgeschäfte heute in Filialen und elektronisch erledigen können. Das Sparkassenuniversum hat sich digital erweitert. Das erfordert auch aufgeschlossene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich auf neue Formen der Beratung und der Lösungspräsentation einstellen müssen.

In den vergangenen Jahren wurden Finanzmarkt-wirksame Maßnahmen in die Wege geleitet, die langfristig kontraproduktiv wirken. Die Gesetzgebung hätte stärker zwischen den verschiedenen Geschäftsmodellen und dem unterschiedlichen Risikogehalt von Geschäften unterscheiden müssen. Obwohl die Sparkassen die Krise nicht zu verantworten und einen großen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet haben, fallen sie unter viele der neuen Regulierungsmaßnahmen. Dabei war das Geschäftsmodell der Sparkassen weder Teil des Problems in der Krise noch ist es dazu angetan, es jemals zu werden. Daher ist die Politik angehalten, in ihren berechtigten Regulierungsbemühungen einen sinnvollen Mechanismus einzupflegen, der Risiko und Geschäftsmodell bankindividuell berücksichtigt.

BERTRAM THEILACKER IST DIPLOM-VOLKSWIRT UND GEHÖRT SEIT 2002 DEM VORSTAND DER NASPA AN. DORT VERANTWORTET ER DAS FIRMENKUNDENGESCHÄFT. EHRENAMTLICH IST ER SCHATZMEISTER DER HESSISCHEN SPD.

AUSBAU UND GEBÜHRENFREIHEIT

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text von GERHARD MERZ, MDL

Eltern und Kommunen bei Kinderbetreuung entlasten



Wenn es ein Bundesländer-Ranking in puncto Selbstzufriedenheit beim Thema Kinderbetreuung gäbe, würde die schwarz-grün geführte hessische Landesregierung wohl an der Spitze stehen. Jede Frage, jede Idee, jede Initiative zur Verbesserung der Kinderbetreuung von den Krippen über die Kitas bis zu den Grundschulen wird von der Koalition mit herablassender Geste als völlig unnötig abgetan.

Doch die echten Daten widerlegen diese Selbstüberschätzung. Und wer die Bodenhaftung nicht verloren hat und mit Eltern oder Trägern der Kindertagespflege spricht, bekommt ebenfalls ein ganz anderes Bild. Es besteht weiter dringender Bedarf am Ausbau der Kinderbetreuung, an der Qualitätsverbesserung und bei der Entlastung von Eltern und Kommunen. Für uns ist das ein Bündel gleichrangiger Ziele, die nicht gegeneinander aufgewogen werden können. Die Alternativen lauten aus unserer Sicht weder „Ausbau oder Qualität“ noch „Qualität oder Gebührenfreiheit“. Vielmehr müssen wir jedes dieser drei Ziele konsequent ansteuern.

Der Evaluationsbericht zum hessischen Kinderförderungsgesetz wurde von Schwarz-Grün im Grunde mit der Botschaft aufgenommen, „es hätte auch schlimmer kommen können“. Was für ein minimalistischer Anspruch an politische Gestaltung. Schauen wir auf die Zahlen: Die Landesförderung für den Betrieb von Kindertagesstätten betrug im Jahr 2015 339 Millionen Euro. Die Kosten für den Betrieb von Kindertagesstätten im Jahr 2015 beziffert das Statistische Landesamt auf 2,14 Milliarden Euro. Das Land trägt also gerade

einmal 16 Prozent der Gesamtkosten. Den Rest tragen Eltern und Kommunen.

Nach dem Evaluationsbericht haben 45 Prozent der Städte und Gemeinden in den vergangenen beiden Jahren ihre Beiträge erhöht. Die Spannweite der Gebühren für einen Kinderkrippenplatz in Hessen reicht von 75 bis 700 Euro pro Monat. Der Durchschnitt liegt bei 327 Euro. Die Kosten für einen Kindergartenplatz variieren zwischen 45 und 300 Euro pro Monat. Die Landesregierung nötigt über die Kommunalaufsicht die Kommunen, landauf, landab die Gebühren zu erhöhen, und hofft dabei, dass es die Eltern am Ende nicht merken, wem sie das zu „verdanken“ haben. Deswegen gehören für uns die Entlastung von Familien und die Entlastung von Kommunen zusammen. Unser Ziel ist endlich Gebührenfreiheit für die Kitas – Vorschläge von uns, wie das stufenweise geht, liegen schon lange vor.

Aber auch andere Kennzahlen lassen Hessen keineswegs glanzvoll dastehen. Die Bertelsmann-Stiftung sieht unser Bundesland zum Beispiel beim Personalschlüssel in Kinderkrippen und Kindergärten unter dem westdeutschen Durchschnitt. Bei einem Fünftel der hessischen Kitas müssen Leitungsaufgaben vollständig nebenbei erledigt werden. Dass dies auf Kosten der Beschäftigten und der Kinder geht, liegt auf der Hand. Allein zur Realisierung des von der Bertelsmann-Stiftung empfohlenen Personalschlüssels bei den bestehenden Krippen- und Kita-Gruppen wären in Hessen rund 7.600 zusätzliche Vollzeitkräfte erforderlich.

FAKTEN FRÜHKINDLICHE BILDUNG IN HESSEN

Der Ausbau der Kinderbetreuung kommt voran, deshalb sind Statistiken dazu immer nur Zwischenstände. Die Bertelsmann-Stiftung analysiert regelmäßig in ihrem „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“ die wichtigsten Daten. Die jüngste Erhebung stammt aus 2016 und wertet die Zahlen aus dem Vorjahr aus. Danach betreuen in Hessen rund 46.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 4.200 Einrichtungen 220.000 Kinder. Ein Viertel aller Kinder unter drei Jahren und rund 95 Prozent der Kinder zwischen drei und sechs Jahren gehen in eine Betreuungseinrichtung. Gemessen an den Empfehlungen zum Personalschlüssel fehlen in Hessen rund 7.600 Vollzeitstellen.

GERHARD MERZ IST LANDTAGSABGEORDNETER AUS GIEBEN UND SOZIALPOLITISCHER SPRECHER UND STELLVERTRETENDER BILDUNGS- POLITISCHER SPRECHER DER SPD-LANDTAGS-FRAKTION.



FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH



IN DEN KOCHTOPF GESCHAUT

DIE LIEBLINGSREZEPTE UNSERER ABGEORDNETEN

ZUTATEN FÜR 3 PERSONEN

- 3 Hähnchenschenkel
- 150 g Speck, gewürfelt
- 5 Frühlingszwiebeln
- 1 Apfel
- 200 g Zucchini
- 400 g Karotten
- Butterschmalz zum Anbraten
- 200 ml Apfelwein/Apfelsaft
- 100 ml Geflügelfond
- Salz, Pfeffer



Apfelwein-Hähnchen mit Karottenspaghetti

SPD-LANDESVERBAND – Text **CHRISTINE LAMBRECHT, MDB**

Das Apfelwein-Hähnchen ist eins meiner regionalen Lieblingsrezepte, das ich gerne im Frühjahr koche. Dabei kann ich saisonale Produkte wie frische Frühlingszwiebeln, Karotten und regionale Äpfel verwenden. Natürlich darf der originale Apfelwein dabei nicht fehlen. Der Alkohol verkocht sich vollständig – wer dennoch das Gericht ohne Wein zubereiten möchte, kann stattdessen auf naturtrüben Apfelsaft zurückgreifen.

Die Hähnchenschenkel waschen, abtupfen und kräftig mit Salz und Pfeffer würzen und anschließend in einem ofenfesten Schmortopf oder einer Pfanne gut anbraten.

Frühlingszwiebeln in feine Ringe schneiden, Apfel und Zucchini würfeln. Zusammen mit dem Speck zu den Hähnchenschenkeln in eine ofenfeste Form oder den Schmortopf geben, salzen und pfeffern. Anschließend mit Apfelwein und Fond begießen.

Das Ganze abgedeckt im Backofen bei ca. 150 °C für 20–30 Minuten schmoren lassen.

In dieser Zeit Karotten schälen und aus diesen mit einem Gemüseschäler feine Karottenspaghetti machen. Die „Spaghetti“ ca. 3–4 Minuten in leicht gesalzenem und kochendem Wasser kochen.



Die y-not GmbH ist der Spezialist für Ihre Wahlkampfwerbung!

Mit einem breiten Sortiment eigens für den Wahlkampf konzipierter Artikel und unseren hauseigenen Veredelungsbetrieben, können wir Ihnen nicht nur flexiblen und schnellen Service, sondern auch eine sorgfältige Auftragsabwicklung garantieren.

Wir freuen uns darauf, Sie im kommenden Wahlkampf unterstützen zu dürfen!

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

SPD-Landesverband Hessen, Rheinstraße 22,
65185 Wiesbaden, Tel.: 0611 999 77-0,
Fax: 0611 999 77-11 und

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag,
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden,
Tel.: 0611 350-519, Fax: 0611 350-511

V.I.S.D.P. Generalsekretärin Nancy Faeser, MdL

ANZEIGEN: Michael Blum, Tel.: 0611 999 77-13



HESSEN
SPD

LAYOUT: Manuela Kuhn . Grafik-Design
www.manuelakuhn.de

DRUCK: Kreisdruck Wiesbaden GmbH,
Schultheistrae 15, 65191 Wiesbaden

REDAKTION: Dr. Wilfried Lamparter/Gert-Uwe
Mende (verantwortlich), Michael Fraenkel,
Christoph Gehring, Isabel Neumann,
Gerfried Zluga-Buck

BILDER: Titel: Diego Cervo – Fotolia
Alle Fotos ohne eigene Quellenangabe: Archiv der
SPD Hessen oder der SPD-Landtagsfraktion

DAS GEWINNSPIEL

GEWINNEN SIE MIT ETWAS GLÜCK EIN WOCHENENDE IM GOEBEL'S SCHLOSSHOTEL!

Dazu beantworten Sie einfach die folgende Frage und senden uns diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an den SPD-Landesverband Hessen, Kennwort: Gewinnspiel, Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden. Alternativ können Sie uns Ihre Antwort mit Ihren Kontaktdaten als E-Mail an quiz@spd-hessen.de schicken.

Wie viele Krippen- und Kindergartenvollzeitstellen fehlen in Hessen laut Bertelsmann-Stiftung?

[A] Ca. 3.400 [B] Ca. 5.100 [C] Ca. 7.600

Nachname, Vorname

Mail

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Alle richtigen Antworten nehmen an der Verlosung teil. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Die Benachrichtigung des Gewinners erfolgt auf dem Postweg.

[] Ja, ich möchte auch in Zukunft von der SPD Hessen informiert werden. Bitte setzen Sie sich mit mir unter den angegebenen Daten in Verbindung.

**Einsendeschluss:
30.04.2017**



GÖBEL'S
SCHLOSSHOTEL
Prinz von Hessen

**DER GEWINN:
VERWÖHN-AUSZEIT
FÜR 2 PERSONEN**

Genießen Sie eine exklusive
Zeit zu zweit im
Göbel's Schlosshotel, Friedewald.

- 2x Übernachtung im Komfort-Doppelzimmer
- 2x Gourmet-Frühstücksbuffet
- 2x Verwhnmen oder -buffet am Abend
- Nutzung des 2.000 m² großen „Kristall SPA“
- Bademantel und Badetasche für die Dauer des Aufenthalts

Im Wert von 520,00 €
(Gewinn ist nicht auszahlbar.)

SPD-LANDESVERBAND